

Meldungen

zusammengestellt von Malini Shankar, Dirk Geilen, Thomas Bärthlein

Bald 'Presidents Rule' in Bihar?

Nachdem im Juni zwei Landtagsabgeordnete ermordet wurden, wächst der Druck auf die Zentralregierung in Delhi, die Landesregierung von Bihar unter Rabri Devi zu entlassen und Bihar direkt von Delhi zu regieren ('Presidents Rule'). Vor allem der Landesverband Bihar der BJP und ihre Verbündeten, die 'Samata Party', empören sich über den Verfall von "Law and Order" in dem zweitgrößten Bundesstaat, der für viele in Indien zum Synonym für Gesetzlosigkeit, Mafiaherrschaft und Korruption geworden ist. Premier Vajpayee zögert Berichten zufolge allerdings noch, zum ersten Mal in seiner Amtszeit eine Landesregierung abzusetzen. Nicht ohne Grund: Zum einen könnte es sein, daß der in Bihar regierende 'Rashtriya Janata Dal' sich allgemeine Empörung über eine undemokratische Suspendierung zunutze machen würde, um von eigenen Skandalen abzulenken, besonders der Verwicklung seines Vorsitzenden Laloo Prasad Yadav (Ehemann Rabri Devis und bis letztes Jahr 'Chief Minister') in die Veruntreuung von Staatsmitteln in Millionenhöhe (der berühmte "Futtermittel-Skandal"). Außerdem muß Vajpayee bedenken, daß weitere Verbündete seiner Regierung, die Politikerinnen Mamata Banerjee (West-Bengalen) und Jayalalitha (Tamil Nadu), nur auf einen Präzedenzfall in Bihar warten, um unter fadenscheinigen Begründungen auf die Entlassung der unliebsamen Regierungen in ihren Bundesstaaten zu drängen (siehe hierzu auch das Länderportrait Bihar in dieser Ausgabe).

Neuer Streit um Ram-Tempel in Ayodhya

In der Auseinandersetzung darüber, ob an der Stelle der 1992 von fanatischen Hindus zerstörten Babri-Moschee in Ayodhya ein Tempel für den Gott Ram gebaut werden soll, werden offenbar Fakten geschaffen: Der Welt-Hindu-Rat VHP ('Vishwa Hindu Parishad') bestätigte, daß in Rajasthan und Uttar Pradesh Teile des Tempels bereits vorgefertigt werden. So wird in einem Dorf in Rajasthan an Säulen gearbeitet, die für Ayodhya bestimmt sind. Während auch

der Chef des Nationalen Freiwilligenverbands RSS, der hinter VHP wie auch der in Delhi regierenden BJP steht, darauf drängt, daß am Geburtsort Rams der seit langem geforderte Tempel entsteht, reagierten die Oppositionsparteien in Delhi auf die Berichte mit Empörung und forderten die Regierung auf, die Vorbereitungen zu unterbinden. Premier Vajpayee versprach, das ausstehende Urteil des Obersten Gerichts in der Sache abzuwarten.

Advani: Harter Kurs gegen Naxaliten

Der indische Innenminister, BJP-Hardliner Lal Krishna Advani, hat auf einem Treffen mit Landespolitikern im südindischen Hyderabad am 15. Juni angekündigt, die in verschiedenen Teilen Indiens operierenden maoistischen Untergrundbewegungen (die nach einem Aufstand in Bengalen Ende der 1960er Jahre "Naxaliten" genannt werden) künftig härter zu bekämpfen. Sondergesetze wie der 'National Security Act', die zur "Terrorismusbekämpfung" Grundrechte suspendieren, sollen in den betroffenen Regionen eingesetzt werden; daneben empfahl Advani den betroffenen Staaten Andhra Pradesh, Madhya Pradesh, Orissa und Maharashtra, nach dem Vorbild Tamil Nadus eigene Notstandsgesetze zu verabschieden. Die vor allem in ländlichen Regionen unter Adivasis operierenden Naxaliten bezeichnete Advani als "perverse Manifestation einer falschen Ideologie". Gleichzeitig bestritt er, daß geplant sei, das abgeschaffte Anti-Terror-Gesetz 'TADA' wieder einzuführen.

Neue Personalausweise doch ohne Kastenzugehörigkeit

Auf den neuen Personalausweisen, die die BJP-Regierung plant, um die Wähleridentifikation zu erleichtern, aber auch um die illegale Immigration, insbesondere aus Bangladesch, zu bekämpfen, soll entgegen ursprünglicher Pläne die Kastenzugehörigkeit nicht eingetragen werden. Bei den letzten Volkszählungen wurde die Kastenzugehörigkeit nicht mehr erfaßt; ihr Nachweis ist wichtig, weil unteren Kasten zahlreiche Privile-

gien eingeräumt werden, u.a. bei der Vergabe von Studienplätzen und bei der Anstellung im Staatsdienst.

Tausende Todesopfer bei Naturkatastrophen

Dem Wirbelsturm in Gujarat im Juni sowie der Hitzewelle in Nord- und Ostindien im Mai (besonders betroffen war Orissa) sind Tausende von Menschen zum Opfer gefallen. Die Behörden in Gujarat werden kritisiert, weil sie es versäumten, Fischer und Küstenbewohner rechtzeitig zu warnen; offizielle Quellen sprechen von bis zu 2.500 Toten. In Delhi, das Ende Mai die heißesten Temperaturen seit 1944 registrierte, haben inzwischen ungewöhnlich früh die Monsun-Regen eingesetzt und für Abkühlung gesorgt.

Kommunalistische Konflikte

Gewalt zwischen Hindus und Muslimen erschütterte die Städte Moradabad (Uttar Pradesh) Anfang Mai und Hyderabad (Andhra Pradesh) Anfang Juni. In Hyderabad kamen acht Menschen ums Leben. In Moradabad, wo offiziellen Angaben zufolge vier Tote registriert wurden, hatte sich die Auseinandersetzung an einer schiitischen Tazia-Prozession anlässlich von Muharram entzündet.

Hungerstreikende Tibeter

Der Protest hungerstreikender Tibeter im Jantar-Mantar-Park in Delhi blieb ergebnislos. Die Tibeter wollten mit ihrer bereits am 10. März begonnenen Aktion auf die Menschenrechtsfrage in ihrer Heimat Tibet aufmerksam machen. Sie forderten durch die in Genf tagende UN-Menschenrechtskommission die Einsetzung eines Tibet-Berichterstatters und eine Debatte in der UN-Generalversammlung zur Tibet-Frage. Die Reaktion des "Gastlandes" Indien auf die Proteste war unterschiedlich: Die Regierung fürchtete eine Verschlechterung der sino-indischen Beziehungen. Vor dem Besuch des chinesischen Armeechefs an der Spitze einer großen Delegation wurden einige der Hungernden verhaftet und anschließend zwangsernährt.

George Fernandes, der neue Verteidi-

Zeitschrift
der Arbeitsgemeinschaft
Entwicklungsethnologie e.V.

ISSN 0942-4466



Die Zeitschrift bietet ein kritisches Diskussionsforum für in der Entwicklungszusammenarbeit Tätige und WissenschaftlerInnen aus aller Welt. Im Spannungsfeld von Ethnologie und Entwicklung behandelt ENTWICKLUNGSETHNOLOGIE unter anderem folgende Themen:

- PARTIZIPATION / METHODEN
- BERICHTE AUS EZ-PROJEKTEN
- UMWELT / NACHHALTIGKEIT
- GENDER
- LOKALES WISSEN

Zum Thema »Entwicklungsethnologie: Kritische Bilanz und Perspektiven« erschien im Herbst 1997 ein Themenheft mit Grundsatztexten.

► Im Frühjahr 1998 erscheint der »Praxisführer: Lokales Wissen für nachhaltige Entwicklung«. Ein praxisorientiertes Handbuch für alle in der Entwicklungszusammenarbeit Tätigen.

AGEE e.V. · Postfach 300130 · 50771 Köln · Tel./Fax 0221-511773 · E-mail: AGEE@Koeln.Netsurf.de

Absender

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift
»Entwicklungsethnologie« ab:
Datum

Jahresabo DM 36,- + Versandkosten
Halbjahreszeitschrift (ca. 150 S.), Einzelheft DM 24,-

Bitte senden Sie mir Informationen über
bisher erschienene Ausgaben der Zeitschrift.

Bitte senden Sie mir Informationen über die
Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie.

AGEE e.V. · Postfach 300130 · 50771 Köln
E-mail: AGEE@Koeln.Netsurf.de

Unterschrift

gungsminister, solidarisierte sich indes mit den Tibetern und kritisierte die Okkupationspolitik Pekings. Er hatte denn auch maßgeblichen Anteil daran, die Beziehungen zu China bereits vor den im Mai durchgeführten indischen Atomtests zu belasten. So bezeichnete er China als eine Gefahr für Indien. Fernandes führte u.a. an, daß China auf indischem Boden im Nordosten einen Hubschrauberlandeplatz gebaut hätte und China Burma beim Aufbau einer schlagkräftigen Flotte und einer elektronischen Spionageanlage im Andamanen-Archipel unterstützte. Außerdem warf er China vor, Pakistan beim Bau einer Mittelstreckenrakete Beistand zu gewähren und auf dem tibetischen Hochland Raketenbasen zu errichten.

Für internationale Aufmerksamkeit sorgte der Besuch des Schauspielers Richard Gere. Die Reaktion der UN beschränkte sich hingegen auf einige mitfühlende Worte des Generalsekretärs Kofi Annan; die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Mary Robinson, versicherte, das Thema Tibet auf ihrer China-Reise anzusprechen.

Der aus Dharamsala angereiste Dalai Lama bewunderte den Mut der Aktivisten. Er betonte aber, daß er das Hungerfasten als Buddhist ablehnen müsse, da es Gewalt gegen den eigenen Körper bedeute. Viele der 140.000 Exil-

tibeter interpretieren Gewalt aber anders als ihr religiöses Oberhaupt und weisen darauf hin, daß Gewalt für viele Mitbürger in Tibet alltäglich sei

Kampagne gegen die Todesstrafe

Nach dem Todesurteil gegen alle 26 wegen des Attentats auf Rajiv Gandhi Angeklagten srilankischen Tamilen, zeigten sich Menschenrechtsaktivisten innerhalb und außerhalb Indiens geschockt. Verschiedene Menschenrechtsorganisationen haben das zum Anlaß genommen, um das Thema Todesstrafe auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Die 'Peoples Union for Civil Liberties' (PUCL) startete eine nationale Kampagne, um u.a. die Sinnhaftigkeit der Todesstrafe zu hinterfragen. So argumentierte das Gericht, daß die Todesstrafe für alle an der Planung Beteiligten, eine abschreckende Wirkung auf weitere potentielle Gewalttäter haben werde. Die PUCL bestreitet diesen Zusammenhang und versucht nachzuweisen, daß selbst der Vollzug der Strafe in der Öffentlichkeit - z.B. durch Hängen - keinen Einfluß auf die Zahl von Kapitalverbrechen besitze. Im Falle von politisch motivierten Gewaltverbrechen, so wird angemerkt, habe die Verhängung der Todesstrafe in den wenigsten Fällen eine abschreckende Wirkung.

In diesem Zusammenhang erwähnt die PUCL, daß in der jüngsten Zeit ein Anstieg von Todesurteilen zu verzeichnen sei, obwohl das Oberste Gericht solche nur in Ausnahmefällen vorsieht. Da Todesurteile jedoch zur Normalität werden, sind Menschenrechtsaktivisten aufgefordert, die konstitutionelle sowie soziologische Dimension des Problems zu beleuchten und die Öffentlichkeit zu sensibilisieren.

State Forest Report

Der kürzlich veröffentlichte "State Forest Report" der indischen Regierung weist darauf hin, daß bereits fast 5.482 qkm Waldgebiet seit 1995 verloren gegangen seien. Inoffizielle Schätzungen

sprechen sogar vom Verlust von 17.777 qkm Waldfläche. Zwischen 1951 und 1980 hat Indien bereits fast 4,3 Millionen Hektar Waldfläche verloren. Die Ursachen dafür sind unter anderem Entwicklungsprojekte wie Staudämme, Bergbau, bzw. Tagebau, Wasserkraftwerke, die in Waldgebieten gebaut wurden.

Arbeitslosigkeit durch Umweltverschmutzung

Wegen der Schließung von umweltschädigenden Industrieunternehmen in der Umgebung von Delhi sind mehr als 50.000 Beschäftigte arbeitslos geworden. Die Schließung von Betrieben wird nach einem Gerichtsurteil vom November 1996 betrieben. Viele Unternehmen der Chemieindustrie waren daran schuld, daß Schadstoffe in den Fluß Jamuna ohne Abwasserreinigung eingeleitet wurden. Insgesamt sind seit Ende 1996 168 Betriebe geschlossen worden.

Indischer Maler Hussain angegriffen

Hindufundamentalisten haben Anfang Mai das Haus des bekannten indischen Malers M.F. Hussain in Mumbai angegriffen. Schlimmere Ausschreitungen konnten nur durch den Einsatz der Polizei verhindert werden. Hussain ist immer wieder Objekt für den Zorn der Aktivisten der fundamentalistischen Hinduorganisation 'Bajrang Dal', weil er auf einem Bild die Hindu Göttin Sita nackt dargestellt hatte.